

Es ist noch nicht zu Ende

Wenn am Montag das Corona-Maßnahmen-Exekutiv-Komitee, bestehend aus der Bundeskanzlerin und den 16 MPs, zusammenkommt, können sich diese der Unterstützung des größten Teils der Bevölkerung sicher sein. ARD und ZDF haben rechtzeitig vorher die Werte für den „Deutschlandtrend“ von Infratest dimap bzw. das „Politbarometer“ von der Forschungsgruppe Wahlen ermitteln lassen.



Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Vorsitzende der Ministerpräsidenten-Konferenz, Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. Foto: Bundesrat

ARD: 54 Prozent finden die bestehenden Maßnahmen angemessen, 18 Prozent gehen sie nicht weit genug und nur 26 Prozent gehen sie zu weit.

Das ZDF kommt zu ähnlichen Werten: für 58 Prozent sind die Maßnahmen gerade richtig, für 26 Prozent könnten sie noch härter ausfallen und lediglich 14 Prozent finden sie übertrieben.

Die Leidensfähigkeit der Deutschen ist groß. Kultur, Sport und Gaststättenbesuche sind offenbar nicht so wichtig, als dass man jammern möchte. Hauptsache die Shopping-Malls haben geöffnet. Macht aber Shoppen wirklich noch Spaß, wenn man sich zwischendurch nicht einmal hinsetzen kann, um einen Kaffee zu trinken oder etwas zu essen. Oder schleppen die Leute neben den Einkaufstüten auch noch den Außer-Haus-Verkauf mit in ihre Wohnungen?

Die Zuversicht der Deutschen ist ungebrochen, wenn auch mit einem Aber versehen. Einerseits glauben 85 Prozent, dass wir gut durch die Krise kommen, andererseits gehen 52 Prozent davon aus, dass es mit der Wirtschaft „eher abwärts“ geht. (ZDF)

Machen wir uns nichts vor. Es ist noch nicht zu Ende. Die November-Zwischenbilanz, die am Montag im Kanzleramt gezogen wird, bringt uns keine Erleichterungen. Alles bleibt erst einmal so wie es ist. Hoffnungen darauf, dass es am 30. November einen Knall gibt und ab dem 1. Dezember wieder alles wie im September und Oktober laufen kann, sind nicht

angebracht. Die sehr un-differenzierten Maßnahmen werden vermutlich in die Verlängerung gehen. Wenigstens hier sollte es aber Veränderungen in der Weihnachtszeit geben, so dass Restaurant- und Theaterbesuche in dem bewährten engen Rahmen wieder stattfinden können.

Angela Merkel wird am Montag gestärkt und locker in die Verhandlungen mit den Provinzfürsten gehen. 67 Prozent sind mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden, was keine Auswirkungen auf die Werte der SPD hat, und 74 Prozent mit der Kanzlerin (ARD). Nach wie vor steht Frau Merkel auf Platz Eins der wichtigsten Politiker, deutlich vor Jens Spahn, Olaf Scholz und Markus Söder. Die Grünen Hoffnungsträger Robert Habeck und Annalena Baerbock belegen die Plätze 6 und 8.

Armin Laschet liegt zwar in dieser Liste mit Platz 7 drei vor seinem Konkurrenten Friedrich Merz, bei der Frage, wer Bundeskanzler werden soll, erreichen weder Spahn (37%), noch Merz (30%), noch Laschet (27%), noch Röttgen (25%) eine Mehrheit. Mit 58 Prozent liegt Markus Söder auf dem ersten Platz. (ZDF).

Interessant ist noch die Zahl 86 Prozent. So viele Menschen finden die Anti-Corona-Demonstrationen nicht gut. Und 87 Prozent sprechen sich für eine sofortige Auflösung der Demos bei Nichteinhaltung der Vorschriften aus. Dazu passt überhaupt nicht der Anteil in der Berichterstattung. Die mediale Aufmerksamkeit steht in keinem Verhältnis zur Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung. Natürlich muss über diese Demonstrationen berichtet werden. Die Frage ist nur, ob eine Erwähnung im Nachrichtenblock nicht ausreicht oder unbedingt minutenlange Beiträge über weitestgehend verwirrte Menschen gesendet werden müssen.

Und hier noch die aktuellen Umfragewerte zur Sonntagsfrage:

Partei	ARD	ZDF
CDU/CSU	36%	37%
SPD	15%	16%
AfD	10%	9%
FDP	6%	5%
Linke	7%	7%
Grüne	20%	20%

Da führende SPD-Politiker eine erneute so genannte Große Koalition ausschließen, bleibt nur Schwarz-Grün. In Hessen, wo 1985 alles mit Joschka Fischer begann, zeigt sich gerade, wie staatstreu die Grünen Minister in der CDU-geführten Landesregierung sind, und koste es beim Ausbau einer Autobahn den einen oder anderen Baum. Ja, Schwarz-Grün ist ein Zukunftsmodell. Söder/Habeck oder Söder/Baerbock. Darauf sollten wir uns 2021 einstellen.

Auch noch nicht zu Ende ist der Vorgang um die Doktorarbeit von **Franziska Giffey**. Dass sie ihren Dokortitel nicht mehr verwenden will, ist nur die eine Seite der Medaille. Einfach so zurückgeben kann sie ihn aber nicht. Er muss ihr schon von der FU förmlich aberkannt werden. Das Verfahren läuft und irgendwann wird es ein Ergebnis geben. Und dieses Ergebnis wird vor allem für die Freie Universität verheerend sein. Nochmal eine Rüge auszusprechen, dürfte vom Tisch sein. Also Ente oder Trente, Titel belassen oder aberkennen.

Inzwischen wird schon eifrig an einer Dolchstoßlegende gebastelt. In Ihrem Schreiben an den Präsidenten der FU, **Dr. Günter Ziegler**, über den die Berliner Morgenpost zuerst berichtet hat, geht Giffey den UNI-Chef persönlich an. Ihr Vorwurf, dass „*der vor über einem Jahr einstimmig gefasste Beschluss und Ihre bisherige fachliche und rechtliche Auffassung ohne Vorliegen eines neuen Sachverhalts revidiert*“ wurde. Berliner Morgenpost: „*Der Präsident habe ihr die Möglichkeit zur Stellungnahme gewährt, ohne zu begründen auf welcher Rechtsgrundlage Sie handeln*“. Und weiter: „*Sie als Präsident der Universität haben mir im letzten Jahr mitgeteilt, dass eine Entziehung des Doktorgrades nicht als verhältnismäßig bewertet wird*“. Giffey habe „*auf diesen Entschluss vertraut*“.



Foto: Franziska-Giffey.de

Allein auf der Grundlage eines von der CDU in Auftrag gegebenen Gutachtens, kann die FU ja wohl kaum auf die Idee gekommen sein, den Vorgang einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Die FU steht nicht gut da in diesem Drama. Frau Giffey allerdings auch nicht, auch wenn sie mit ihren Ausführungen an den Präsidenten recht hat.

Es ist verständlich, dass die SPD um ihre Hoffnungsträgerin kämpft. Plötzlich heißt es, dass Giffey auch ohne Dokortitel eine gute Politikerin ist. Ja, das hat ja auch niemand bezweifelt. Am Freitag, dem 13.

November, saß sie gemeinsam mit **Hubertus Heil** und **Jens Spahn** in der Bundespressekonferenz zum Thema „Pflegekräfte“. Ihr Engagement für dieses Thema ist unbestritten. Und nicht nur für dieses Thema. Ihr Ministerium deckt fast die gesamte Bevölkerung ab: Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Auch wenn sie sich in der Corona-Krise lauter für ihre Klientel hätte zu Wort melden müssen, so macht sie einen guten Job. Ihr Problem ist doch aber nicht vom Tisch. Sollte die FU ihr tatsächlich den Dokortitel aberkennen, wird es genügend Leute geben, die sie daran erinnern, in diesem Falle zurücktreten zu wollen. Blicke die FU bei ihrer bisherigen Einschätzung, dass die Gründe für eine Aberkennung nicht ausreichend sind, was dann? Dokortitel Ja, aber ohne Nennung?

Wie immer die Sache ausgeht, Frau Giffey und ihre Partei sollten vermeiden, an einer Dolchstoßlegende zu arbeiten. Frau Giffey ist kein Opfer.

Aus der Geschichte lernen, lautet ein Grundsatz, den gerade wir Deutschen verinnerlicht haben sollten. Die meisten Plagiatsvorwürfe gegen prominente Politiker, vornehmlich der CDU und FDP, begannen alle mit vehementen Dementis und führten letztlich zur Aberkennung des Titels und zum Rücktritt oder Rückzug von den politischen Ämtern. Es gab nur einen Schluen in der langen Reihe, und das war der ehemalige Fraktionsvorsitzende der CDU in Berlin, **Florian Graf**. Als er 2012 mit Plagiatsvorwürfen konfrontiert wurde, hat er umgehend reagiert und sich den Titel aberkennen lassen. In wenigen Tagen war der Vorgang vom Tisch. Auch ohne das Dr. vor dem Namen hat Graf Karriere gemacht. **Franziska Giffey** hätte es vor einem Jahr genauso machen können, wovon ihre weitere Karriere unbeschadet geblieben wäre.

Bleibt an dieser Stelle nur übrig, den Satzesatz unseres Newsletters vom 7. November zu wiederholen: „Starrsinn ist kein guter Ratgeber“.

Ed Koch